



Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie

67. Sitzung (öffentlich)

11. November 2209

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:30 Uhr bis 13:30 Uhr

14:30 Uhr bis 14:40 Uhr

Vorsitz: Franz-Josef Knieps (CDU)

Protokoll: Thilo Rörtgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

7

Der Ausschuss beschließt, die ursprünglichen Tagesordnungspunkte 11 „Gesetz zur Schaffung von mehr Transparenz in öffentlichen Unternehmen im Lande Nordrhein-Westfalen“, Gesetzentwurf der Landesregierung in der Drucksache 14/10027, und 12 „Managergehälter: Anstand wahren und Transparenz gewährleisten“, Antrag der Fraktion der SPD in der Drucksache 14/9762, von der Tagesordnung abzusetzen.

1 Aktuelle Viertelstunde

7

Opel: Wie geht es nach der Entscheidung von GM weiter?

– Bericht durch Ministerin Christa Thoben (MWME)

7

– Aussprache

9

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2010 (Haushaltsgesetz 2010) 14

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/9700

hier: Einzelplan 08

Vorlagen 14/2793 und 14/2856

Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Grünen-Fraktion sowie bei Stimmenthaltung der SPD-Fraktion lehnt der Ausschuss den Änderungsantrag der Grünen-Fraktion ab.

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen sowie gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen stimmt der Ausschuss dem Einzelplan 08 zu.

3 Gesetz zur Bildung Einheitlicher Ansprechpartner in Nordrhein-Westfalen (EA-Gesetz NRW) 20

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/8947

APr 14/918

Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen sowie gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen lehnt der Ausschuss den Änderungsantrag der Oppositionsfraktionen ab.

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen sowie gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen stimmt der Ausschuss dem Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen zu.

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen sowie gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen stimmt der Ausschuss dem Gesetzentwurf der Landesregierung in geänderter Fassung zu.

- 4 Gesetz zur Umsetzung der EG-Dienstleistungsrichtlinie im Rahmen der Normenprüfung in Nordrhein-Westfalen und zur Änderung weiterer Vorschriften (DL-RL-Gesetz NRW) 22**
- Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/9738
- Stellungnahme 14/2903
- Der Ausschuss beschließt, über den Gesetzentwurf am 9. Dezember abschließend zu beraten.
- 5 Stand der Planungen von Factory Outlet Centern (FOC) in NRW 23**
- Bericht der Landesregierung
- Aussprache 23
- 6 Gesetz zur Änderung des Landesplanungsgesetzes Nordrhein-Westfalen 27**
- Gesetzentwurf
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/9265
- Der Ausschuss vertagt die Behandlung des Gesetzentwurfs.
- 7 OVG-Entscheidung zum Bebauungsplan für das Steinkohlekraftwerk Datteln 28**
- Bericht der Landesregierung
- Vorlagen 14/2849, 14/2887, 14/2951 und 14/2952
- Beratung
- 8 Der Bau des E.ON-Kraftwerks in Datteln muss im Interesse der Zukunft des Industriestandortes Nordrhein-Westfalen schnell vollendet werden! 34**
- Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP

Drucksache 14/9917

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/9946

Entschließungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/9952

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen sowie gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen stimmt der Ausschuss dem Antrag der Koalitionsfraktionen zu.

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen sowie gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen lehnt der Ausschuss den Entschließungsantrag der Fraktion der SPD ab.

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Grünen-Fraktion sowie bei Stimmenthaltung der SPD-Fraktion lehnt der Ausschuss den Entschließungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ab.

9 Zweites Gesetz zur Änderung der gesetzlichen Befristungen im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Wirtschaft, Mittelstand und Energie

35

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/9858

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/9949

Der Ausschuss beschließt die Durchführung einer Anhörung.

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen sowie bei Stimmenthaltung der Koalitionsfraktionen beschließt der Ausschuss als Termin für die Anhörung den 27. November 2009 um 10:30 Uhr.

Einstimmig beschließt der Ausschuss, den Fragenkatalog und die Namen der Anzuhörenden vorbehaltlich der Ergänzung durch den Abgeordneten Priggen bis morgen Abend.

10 Entwurf einer Dritten Verordnung zur Änderung der Befristung von Rechtsvorschriften im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Wirtschaft, Mittelstand und Energie **39**

Vorlage 14/2854

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Grünen-Fraktion sowie bei Nichtbeteiligung der SPD-Fraktion fasst der Ausschuss folgenden Beschluss:

Der Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie wurde zu dem Verordnungsentwurf gehört und hat gegen die Ausfertigung der Verordnung keine Einwendungen erhoben.

11 Entwurf einer Dritten Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Regelung von Zuständigkeiten auf dem Gebiet des Energiewirtschaftsrechts **40**

Vorlage 14/2855

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Grünen-Fraktion sowie bei Nichtbeteiligung der SPD-Fraktion fasst der Ausschuss folgenden Beschluss:

Der Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie wurde zu dem Verordnungsentwurf gehört und hat gegen die Ausfertigung der Verordnung keine Einwendungen erhoben.

12 Verschiedenes **41**

4 Gesetz zur Umsetzung der EG-Dienstleistungsrichtlinie im Rahmen der Normenprüfung in Nordrhein-Westfalen und zur Änderung weiterer Vorschriften (DL-RL-Gesetz NRW)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/9738

Stellungnahme 14/2903

Vorsitzender Franz-Josef Knieps teilt mit, der Gesetzentwurf der Landesregierung sei nach der ersten Lesung durch Plenarbeschluss vom 9. September 2009 an den Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie zur Federführung sowie zur Mitberatung an den Hauptausschuss und den Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform überwiesen worden. In der Sitzung am 30. September habe man über den Gesetzentwurf erstmalig beraten und sich darauf verständigt, zunächst die kommunalen Spitzenverbände anzuschreiben und ihnen Gelegenheit zu einer Stellungnahme zu dem Gesetzentwurf zu geben. Dies sei in der Anlage 9 der Geschäftsordnung so vorgesehen. Die kommunalen Spitzenverbände hätten von der Möglichkeit zur Stellungnahme Gebrauch gemacht. Ihre Einlassungen seien als Stellungnahme 14/2903 umgedruckt und allen Abgeordneten zur Verfügung gestellt worden.

Heute bestehe die Gelegenheit, über den Gesetzentwurf unter Einbeziehung der Stellungnahme zu beraten. Eine abschließende Beratung sei noch nicht möglich, da die beiden mitberatenden Ausschüsse noch bis zum 2. Dezember die Möglichkeit hätten, ein Votum abzugeben. Er schlage daher vor, die abschließende Beratung und Abstimmung in der Sitzung am 9. Dezember 2009 vorzusehen.

Reiner Priggen (GRÜNE) schlägt vor, heute auf eine Debatte zu verzichten und in der Sitzung am 9. Dezember abschließend darüber zu beraten. – Der **Ausschuss** ist damit einverstanden.

